

Blaschke, Dieter

Article — Digitized Version

Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Blaschke, Dieter (1990) : Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 5, pp. 256-263

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dieter Blaschke

Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt

Im vergangenen Jahr wanderten 377 000 Aussiedler und 344 000 Übersiedler in die Bundesrepublik ein. In welchem Ausmaß gelang ihre Integration in den Arbeitsmarkt? Welche besonderen Eingliederungsprobleme bestehen?

Ab Mitte der achtziger Jahre kam es aufgrund der unvorhergesehenen Entwicklungen in der Sowjetunion, die unter den Begriffen Glasnost und Perestroika Ost und West in Bann hielten, zu Liberalisierungen im Ostblock. In ihrem Gefolge schwoll der bis dahin von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Strom von Aussiedlern¹ an. Ab Sommer 1989 erhöhte sich dann auch die Zahl der Übersiedler aus der DDR drastisch. Alleine im November 1989 kamen 133 400 Übersiedler. Insgesamt kamen im Jahre 1989 344 000 Übersiedler. Doch es könnten durchaus noch mehr gewesen sein, denn man weiß nicht, ob alle Übersiedler das Notaufnahmeverfahren durchlaufen haben und damit statistisch erfaßt wurden.

Im Zuge der Entwicklungen in der DDR wie der Grenzöffnung übersah man zunächst fast, daß auch die Aussiedlerwelle nochmals angewachsen war, und zwar von 200 000 im Jahre 1988 auf 377 000 in 1989 (vgl. Tabelle 1). Auch der Zustrom von Ausländern setzte sich fort, unter ihnen rund 120 000 Asylbewerber. Insgesamt wanderten 1989 damit mindestens 1 Mill. Personen zu, von denen ein nicht genau bekannter Teil nach einer gewissen Zeit auf dem Arbeitsmarkt als Erhöhung des Potentials an Arbeitskräften wirksam wurde.

Aus vielen Analysen ist bekannt, daß die Aussiedler und die Übersiedler der früheren Jahre sich in zum Teil langjährigen Wartezeiten auf ihre Umsiedlung vorbereiteten, wobei sie häufig mehrmals Ausreiseanträge stellen mußten². Dieses Muster der überlegten und von langer Hand gut vorbereiteten Aus- bzw. Übersiedlung

schien nun, zumindest für die DDR-Bürger, nicht mehr zu gelten, denn unter den sogenannten Botschaftsflüchtlingen des September/Oktober 1989 überwogen junge Leute und junge Familien, die die Gelegenheit eines Urlaubsaufenthaltes in einem der „sozialistischen Bruderländer“ genutzt hatten, um spontan in die Bundesrepublik überzusiedeln. Dieses Verhalten war auch nach der Öffnung der Mauer anzutreffen. Man traute den neuen Verhältnissen in der DDR nicht: Konnte die Mauer nicht erneut geschlossen werden? Ein neues Muster der Zuwanderungen von Übersiedlern nahm jedoch inzwischen immer deutlicher Gestalt an. Angeblich haben sich bereits 80% der heutigen DDR-Übersiedler Wohnung und Arbeitsplatz gesichert, wenn sie übersiedeln, und auch von vielen Aussiedlern aus Rußland und aus Rumänien ist ähnliches bekannt.

Die Aufnahme

Die Übersiedler wurden in der ersten Zeit von der bundesdeutschen Bevölkerung überschwänglich und von vielen Arbeitgebern mit Begeisterung begrüßt. Längere Zeit schon war über den Fachkräftemangel geklagt worden. Nun auf einmal kamen Tausende von „jungen, tüchtigen, hochmotivierten“ Arbeitskräften in den Aufnahmelagern an. Sie waren auf der Suche nach Arbeit

¹ Nach der Statistik des Bundesausgleichsamtes: „Aussiedler sind deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die Aussiedlungsgebiete unter dem fortdauernden gegen die deutsche Bevölkerung gerichteten Vertreibungsdruck verlassen haben. Übersiedler sind deutsche Staatsangehörige, die die DDR und Berlin (Ost) verlassen haben, um in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin im Wege der Aufnahme nach § 1 des Aufnahmegesetzes ständigen Aufenthalt zu begründen.“ Für die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit gelten im Prinzip die gleichen Definitionen mit der Einschränkung, daß diese Kennzeichnung nach fünf Jahren nicht mehr verwendet wird, weil man davon ausgeht, daß die arbeitsmarktliche Integration nach fünf Jahren abgeschlossen ist.

² Richard Hilmer, Anne Köhler: Der DDR läuft die Zukunft davon, in: Deutschland Archiv, 1989, S. 1383-1388.

Dr. Dr. habil. Dieter Blaschke, 52, ist Bereichsleiter für Soziologie im Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

und Wohnung und zu einem Neuanfang entschlossen. Von den Aussiedlern war in der Presse kaum noch die Rede, und andere Gruppen, wie z.B. auch die Langzeitarbeitslosen, für die nach langer Zeit endlich ein neues Programm mit viel Geld, Vorschußlorbeeren und großen Erwartungen gestartet worden war, gerieten aus dem Blickfeld.

Doch langsam änderte sich die Stimmung. Das hatte zum einen mit Erfahrungen mit Übersiedlern zu tun, die im Anschluß an das Amnestiegesetz in der DDR zuwanderten, Personengruppen, auf die niemand gewartet hatte. In den Lagern der Übersiedler kam es damit im gleichem Maße zur Konzentration von Problemfällen, wie es den Qualifizierten und Motivierten gelang, draußen Arbeit und Wohnung zu finden. Das Bild von den hochmotivierten und tüchtigen jungen Fachkräften schien stark beeinträchtigt. Zum Stimmungsumschwung trugen auch die vermeintlichen Auswirkungen der Zuwanderungen für die Bürger in den betroffenen Gemeinden bei, in denen sich die Aus- und Übersiedler konzentrierten.

Der Arbeitsmarkt zeigte trotz des anhaltenden mehrjährigen Aufschwungs, der sich in der Zunahme der Zahl der Beschäftigten auf inzwischen über 28 Millionen ausdrückt, immer noch ein starkes Ungleichgewicht mit über zwei Millionen Arbeitslosen in den Wintermonaten. Neu hinzuziehende junge Arbeitskräfte, die Arbeit fanden, mußten von Arbeitslosen als Bedrohung erlebt werden. Auch bei der Suche nach einer Wohnung wurden die Aus- und Übersiedler zu Konkurrenten für jene Einheimischen, die darauf angewiesen waren, Wohnraum zu erschwinglichen Mieten zu finden. Unter dem Zuzug verschärfte sich die Situation beträchtlich, besonders in den betroffenen Gemeinden und Stadtvierteln. Der latent immer vorhandene Sozialneid, z.B. was Renten für Aussiedler anging oder besondere Hilfen, wie Einrichtungsdarlehen etc., tat ein übriges, um die Stimmung anzuheizen³ (vgl. Tabelle 2).

Der Tonfall der Äußerungen zum Zuzug von Aus- und Übersiedlern wurde schärfer. Die Begrenzung des Zuzugs – zumindest in die eigene Region, Stadt oder Gemeinde – war das gemeinsame Thema. Dabei mußte den Einsichtigen bald klar sein, daß der Zuwanderungsstrom sich nicht wie ein Wasserhahn abdrehen ließ, daß neue Mauern aus Gründen politischer Opportunität und auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht aufgerichtet werden konnten, weder zur DDR noch zu den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, in denen Deut-

sche, Deutschstämmige, deutsche Volkszugehörige und deutsche Staatsangehörige leben.

Die Frage nach der zukünftigen Entwicklung kann niemand wirklich beantworten. Aber für die meisten potentiellen Aussiedler sind die Bedingungen der Ausreise durch neue Paß- und Reisegesetze günstiger geworden, und obwohl anzunehmen ist, daß die Liberalisierungen in den Ländern des früheren Ostblocks zunächst weitergehen werden, erhöht sich der Druck zur Ausreise, und der Anreiz zu bleiben wird nicht größer. Denn die wirtschaftliche Situation in den derzeitigen Heimatländern ist unverändert schlecht, die Aussicht auf rasche Besserung nicht gut, und der politische Status der Minoritäten weiterhin unsicher oder schlecht. Der Zustrom von Aussiedlern wird also vermutlich nicht so schnell versiegen.

Die DDR und die Bundesrepublik Deutschland bilden seit der Grenzöffnung am 9. November 1989 faktisch einen interdependenten Arbeitsmarkt. Der Wunsch, von der DDR in die Bundesrepublik überzusiedeln, ist jedoch noch bei weitem größer als der, von der Bundesrepublik in die DDR umzuziehen und dort eine Arbeit aufzunehmen. Das wird sich vermutlich rasch ändern, wenn es zu Kooperationen westdeutscher mit DDR-Betrieben kommt und zu Neugründungen von Unternehmen in der DDR. Dann wird auch für viele in den letzten Monaten übergesiedelte DDR-Bürger der Anreiz größer werden, in die Heimat zurückzukehren. Vorbereitet wird das angeblich bereits häufiger auf der Grundlage von Absprachen entweder mit dem neuen Arbeitgeber in der Bundesrepublik oder mit dem alten Arbeitgeber und den Kollegen in der DDR. Die Erfahrungen früherer Mitarbeiter von DDR-Betrieben am neuen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik sollen im Sinne des Know-how-Transfers genützt werden. Darüber sind sich wohl alle einig: Das Wohlstandsgefälle und das der Lebensbedingungen wird sich nur langsam verringern. Alternativen zur Abwanderung werden sich noch einige Zeit zu einem guten Teil auf – allerdings begründete – Hoffnungen stützen müssen⁴.

Der Prozeß der Integration

Die Integration des einzelnen in den Arbeitsmarkt und die Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit bzw. einer Beschäftigung sind als die wichtigsten Bedingungen der gesellschaftlichen Integration anzusehen. Die zweite wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration ist die Lösung des Wohnungs-

³ Dieter Blaschke: Sozialbilanz der Aussiedlung in den 80er und 90er Jahren, Deutsches Institut für Fernstudien, Universität Tübingen (erscheint demnächst).

⁴ IAB: Abwandern oder Bleiben? Zum Arbeitsmarktzusammenhang zwischen der Bundesrepublik und der DDR, IAB-Kurzbericht, 9. 2. 1990.

problems. Wohnungsprobleme können sich auch auf die berufliche Integration der Aus- und Übersiedler auswirken. Wo Übergangwohnheime auf dem flachen Land oder in schön gelegenen, aber vom Arbeitsmarkt her ungünstig strukturierten Urlaubsgebieten genutzt werden müssen, kann sich dies negativ auf die Teilnahme an Deutsch-Sprachlehrgängen, an Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung und auf die gezielte Arbeitsplatzsuche auswirken.

Die Arbeitsmarktintegration und vor allem die soziale Integration brauchen viel Zeit. Es kann also noch keine Ergebnisse geben, soweit es um die Integration der in jüngster Zeit zugewanderten geht, d.h. um die Aus- und Übersiedler der Jahre 1988 und 1989.

Die Ereignisse, die so überraschend über die Bundesrepublik hereingebrochen sind, sind nicht etwas völlig Neues und Ungewöhnliches. Zuwanderungen sind ein Phänomen, mit dem Deutschland und die Bundesrepublik Erfahrungen haben, auch andere Länder kennen es. Außerdem hat die Bundesrepublik bereits bisher eine große Anzahl Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Spätaussiedler aufgenommen und, wie es scheint, auch gut integrieren können⁵. Auf alle diese Erfahrungen wird zur Zeit verstärkt zurückgegriffen, wenn es um die Frage geht, wie die neuerliche gesellschaftliche Herausforderung durch die Aus- und Übersiedler am besten gemeistert werden kann.

Außerdem wurde eine Reihe von Forschungsprojekten im Zusammenhang mit der Übersiedlerwelle des Jahres 1984 durchgeführt, aus denen sich auftauchende Probleme bei den zu erwartenden Eingliederungsprozessen ableiten lassen⁶. Sie gewinnen dadurch an Gewicht und Plausibilität, daß sie im Prinzip die Ergebnisse der Risikoforschung bei Arbeitslosen widerspiegeln. Ihre Übertragung auf die heutigen Verhältnisse ist dadurch gut begründet.

⁵ Paul Lüttinger, Rita Rossmann: Integration der Vertriebenen, Eine empirische Analyse, Frankfurt, New York 1989; Arnold Sywottek: Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland – Stand und Probleme der Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/89, 15. 12. 1989, S. 38-46.

Die entscheidenden Erfahrungen waren, daß die Schnelligkeit, mit der die berufliche Integration gelingt, in erster Linie von der allgemeinen konjunkturellen Situation und von der Arbeitsmarktsituation der Region, in der die arbeitssuchende Person wohnt, abhängt. Damit wird im wesentlichen das durchschnittlich erreichbare Niveau der beruflichen Eingliederung abgesteckt. Innerhalb dieses Rahmens hängen die Chancen des einzelnen davon ab, wie weit er Risikomerkmale persönlicher Art aufweist, d.h. wie alt er ist, ob er gesundheitlich eingeschränkt ist und welches Qualifikationsniveau bzw. welche Qualifikationsdefizite er aufweist. Besonders fallen hier die beruflichen Erfahrungen ins Gewicht, d.h. in welchem Beruf die Erstausbildung erfolgte und welcher Beruf ausgeübt wurde, welche Erfahrungen dabei gesammelt werden konnten, ob es sich um Mangelberufe handelt (Stichwort „Facharbeitermangel“ oder „Pflegenotstand“), bei denen der potentielle Arbeitgeber geneigt ist, in die Einarbeitung und die berufliche Fortbildung zu investieren, oder ob es sich um Berufe handelt, die am heimischen Arbeitsmarkt auch bisher schon mit Beschäftigungsproblemen zu rechnen hatten (z.B. akademische Ausbildungen aus den Bereichen der Sozial- und Geisteswissenschaften).

Notwendige Lernprozesse

So hat es sich gezeigt, daß die Aus- und Übersiedler, die aus Angestelltenberufen kamen, wegen der anderen Arbeitsabläufe und der fehlenden Ausstattung der dortigen Arbeitsplätze mit modernen Datenverarbeitungsgeräten größere Schwierigkeiten hatten als Arbeitnehmer aus dem gewerblichen Bereich. Auch bei ihnen können sich die Erfahrungen aus einer anderen Arbeits-

⁶ Hans Hofbauer: Die berufliche Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost), in: MittAB 18 (1985), Nr. 3, S. 340-355; Kristina Pratsch, Volker Ronge: Ganz normale Bundesbürger? Zur Integration von DDR-Übersiedlern nach fünf Jahren im Westen, in: Deutschland Archiv 22 (1989), S. 904-912; Volker Ronge: Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 39-47; ders.: Die berufliche Integration weiblicher Übersiedler aus der DDR, Gutachten BMB (Ms.).

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis
DM 120,-
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

ARBEITSMARKTPOLITIK

organisation und der fehlende Umgang mit moderner Technologie nachteilig bemerkbar machen.

Je schneller sich die fehlenden Erfahrungen durch "learning by doing" nachholen ließen, desto weniger Schwierigkeiten gab es auch, einen Arbeitsplatz zu finden. Wo mit Lernprozessen zu rechnen ist, die mehr Zeit in Anspruch nehmen – auch das Eingewöhnen in einen neuen Arbeitsstil und Arbeitsablauf gehört dazu –, wird es schwieriger, eine Berufstätigkeit zu finden, die einigermaßen dem Niveau der früheren Tätigkeit entspricht. Abgesehen von der mangelhaften Beherrschung der deutschen Sprache bei den Aussiedlern, was für diese oft ein ganz großes Problem darstellt,

macht sich bei ihnen auch die große Distanz der Gesellschafts- und Arbeitssysteme ihrer Herkunftsländer zu jenem der Bundesrepublik Deutschland hinderlich bemerkbar, wenn es um die Aufnahme qualifizierterer Arbeit geht.

Gegenüber der Situation im Jahre 1984 besteht heute jedoch ein großer Unterschied: Für die damaligen Übersiedler sah die Entscheidung der Übersiedlung sehr endgültig aus. Die Vorstellung, einmal zurückkehren zu können, existierte kaum. Für die Übersiedler heute stellt sich das doch wesentlich anders dar. Auch wenn man lesen kann, daß sie „die Tür hinter sich zugeschlagen“ hätten: Aus der Migrationsforschung ist bekannt, daß

Tabelle 1
Zuwanderungen an Aus- und Übersiedlern seit 1950 in das Bundesgebiet

Zeitraum	Aussiedler insgesamt	davon aus							Übersiedler
		Polen	der Sowjetunion	Rumänien	der Tschechoslowakei	Jugoslawien	Ungarn	sonstige	
1950	47 165	31 761	–	13	13 308	179	3	1 901	197 788
1951	21 067	10 791	1 721	1 031	3 524	3 668	157	175	165 648
1952	5 537	194	63	26	146	4 896	30	182	182 393
1953	8 296	147	–	15	63	7 972	15	84	331 390
1954	10 390	662	18	8	128	9 481	43	50	184 198
1955	13 202	860	154	44	184	11 839	98	23	252 870
1956	25 302	15 674	1 016	176	954	7 314	160	8	279 189
1957	107 690	98 290	923	384	762	5 130	2 193	8	261 622
1958	129 660	117 550	4 122	1 383	692	4 708	1 194	11	204 992
1959	27 136	16 252	5 563	374	600	3 819	507	21	143 917
1960	18 171	7 739	3 272	2 124	1 394	3 308	319	15	199 188
1961	16 414	9 303	345	3 303	1 207	2 053	194	9	207 026
1962	15 733	9 657	894	1 675	1 228	2 003	264	12	21 356
1963	14 869	9 522	209	1 321	973	2 543	286	15	42 632
1964	20 099	13 611	234	818	2 712	2 331	387	6	41 876
1965	23 867	14 644	366	2 715	3 210	2 195	724	13	29 552
1966	27 813	17 315	1 245	609	5 925	2 078	608	33	24 131
1967	26 227	10 856	1 092	440	11 628	1 881	316	14	19 573
1968	23 201	8 435	598	614	11 854	1 391	303	6	16 036
1969	29 873	9 536	316	2 675	15 602	1 325	414	5	16 975
1970	18 590	5 624	342	6 519	4 207	1 372	517	9	17 512
1971	33 272	25 241	1 145	2 848	2 337	1 159	519	23	17 408
1972	23 580	13 476	3 426	4 374	894	884	520	6	17 164
1973	22 732	8 902	4 494	7 577	525	783	440	11	15 189
1974	24 315	7 825	6 541	8 484	378	646	423	18	13 252
1975	19 327	7 040	5 985	5 077	514	419	277	15	16 285
1976	44 248	29 366	9 704	3 764	849	313	233	19	15 168
1977	54 169	32 861	9 274	10 989	612	237	189	7	12 078
1978	58 062	36 102	8 455	12 120	904	202	269	10	12 117
1979	54 802	36 274	7 226	9 663	1 058	190	370	21	12 515
1980	51 984	26 637	6 954	15 767	1 733	287	591	15	12 763
1981	69 336	50 983	3 773	12 031	1 629	234	667	19	15 433
1982	47 993	30 355	2 071	12 972	1 776	213	589	17	13 208
1983	37 844	19 122	1 447	15 501	1 176	137	458	3	11 343
1984	36 387	17 455	913	16 553	963	190	286	27	40 974
1985	38 905	22 075	460	14 924	757	191	485	13	24 912
1986	42 729	27 188	753	13 130	882	182	584	10	26 178
1987	78 488	48 419	14 488	13 990	835	156	579	21	18 958
1988	202 645	140 226	47 572	12 902	949	223	763	10	39 832
1989	377 055	250 340	98 134	23 387	2 027	1 469	1 618	80	343 854
1950-1989	1 948 175	1 238 310	255 308	242 320	101 099	89 601	18 592	2 945	3 517 602

Quelle: Bundesausgleichsamt. Aussiedler nach Registrierverfahren, Übersiedler nach Aufnahmeverfahren.

das Pendeln zwischen der neuen und der alten Heimat eher das Normale als das Außergewöhnliche ist. So wird z.B. erst eine verbesserte Situation in der DDR die Abwanderungstendenzen bzw. den Wunsch, sich regional zu verändern und umzuziehen, um einen besseren Arbeitsplatz zu finden, merklich abschwächen. Diese Situation wird aber zugleich Heimweh und Rückkehrabsichten beleben. Daher ist längst nicht ausgemacht, daß die heutige regionale Verteilung der Übersiedler schon die endgültige sein wird. Von den ohnehin zu erwartenden Sekundärwanderungen im Zusammenhang mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes einmal ganz abgesehen (vgl. Tabelle 2).

Ergebnisse der Arbeitsmarktintegration

Einige Ergebnisse von Untersuchungen zur Arbeitsmarktintegration der jüngst zugewanderten Übersiedler gibt es schon. Mit allen Vorbehalten läßt sich daraus ableiten, daß es vielen sehr rasch und den meisten relativ gut gelungen ist, einen ersten Arbeitsplatz zu finden. Nimmt man die oft noch auf Einzelfällen basierenden Erfahrungen aus den Arbeitsämtern und von Arbeitgebern hinzu, so kann man doch ein zusammenfassendes Bild zeichnen, in dem es auch einige kritische Punkte gibt.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Der Enthusiasmus der Anfangsphase ist einer realistischen, nüchternen Betrachtung gewichen, die dem unternehmerischen Rationalverhalten angemessener ist. Es geht ja immerhin um Matching-Prozesse zwischen Arbeitsanforderungen und Erwerbstätigen, die in einen bestehenden Arbeitsmarkt einwandern. Anders ausgedrückt, die Übersiedler aus der DDR werden nicht eingestellt, um

ihnen eine Arbeit zu verschaffen, sondern weil Personal für bestimmte mehr oder weniger anspruchsvolle Aufgaben gebraucht wird. Generell gilt:

□ Jugendliche, soweit sie über hinreichende schulische Voraussetzungen verfügen, haben gute Aussichten, als Auszubildende bzw. Lehrlinge angenommen zu werden. Denn viele Ausbildungsbetriebe leiden unter der geringer gewordenen Zahl an Jugendlichen, die sich um Ausbildungsstellen bemühen.

□ Jüngeren Erwachsenen, um solche handelt es sich bei vielen Übersiedlern und Aussiedlern (vgl. Tabelle 3), geht es im Prinzip wie jedem Arbeitnehmer, der den Arbeitgeber freiwillig wechselt. Sie sind eher mit Arbeitnehmern zu vergleichen, die aus maroden Unternehmen abwandern. Diese Prozesse positiver Selbstselektion erfassen zuerst die besseren Arbeitskräfte.

□ Bei den jungen Erwachsenen, aber auch bei den Erwerbstätigen mittleren und höheren Alters, folgen nach der Einstellung Lernprozesse, ein Umlernen und Neulernen, das zum Teil arbeitsplatznah vor sich gehen kann und zahlreiche Prozesse beruflicher Sozialisation umfaßt. Dabei muß viel mehr gelernt werden als im hiesigen Normalfall bei einem Betriebswechsel, weil nicht nur der Betrieb, sondern auch das System gewechselt worden ist.

Bei der Frage nach dem Einsatz der Übersiedler als Fachkräfte spielen Berufsausbildung und der bisherige Berufseinsatz eine große Rolle. Die früher vorherrschende Einschätzung der guten und breiten Facharbeiterausbildung wurde inzwischen etwas unter dem Eindruck der ersten Erfahrungen aus dem Arbeitseinsatz

Tabelle 2
Neu zugewanderte Aussiedler 1987 bis 1989 und ihre Verteilung nach den Bundesländern
(nach dem Registrierverfahren)

Land	1987		1988		1989		Veränderungen 1989 gegenüber 1988	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Schleswig-Holstein	787	1,0	1 767	0,9	5 831	1,5	+ 4 064	+ 230,0
Hamburg	1 893	2,4	3 762	1,9	11 629	3,1	+ 7 867	+ 209,1
Niedersachsen	6 230	7,9	15 564	7,7	35 239	9,3	+ 19 675	+ 126,4
Bremen	1 024	1,3	2 004	1,0	5 010	1,3	+ 3 006	+ 150,0
Nordrhein-Westfalen	26 002	33,1	84 377	41,6	128 968	34,2	+ 44 591	+ 52,8
Hessen	6 295	8,0	15 560	7,7	27 322	7,2	+ 11 762	+ 75,6
Rheinland-Pfalz	2 866	3,7	8 344	4,1	19 082	5,1	+ 10 738	+ 128,7
Baden-Württemberg	15 119	19,3	28 435	14,0	57 851	15,3	+ 29 416	+ 103,5
Bayern	11 625	14,8	19 181	9,5	39 862	10,6	+ 20 681	+ 107,8
Saarland	388	0,5	1 186	0,6	4 624	1,2	+ 3 438	+ 289,9
Berlin (West)	3 595	4,6	10 402	5,1	11 428	3,0	+ 1 026	+ 9,9
nicht zuordenbar	2 699	3,4	12 091	6,0	30 209	8,0	+ 18 118	+ 149,8
Bundesgebiet	78 523	100	202 673	100	377 055	100	+ 174 382	+ 86,0

Quelle: Bundesausgleichsamt.

mit Übersiedlern korrigiert. So heißt es heute, die zum größten Teil nur zweijährigen Facharbeiterausbildungsgänge in der DDR seien vielfach veraltet, und es zeigten sich, im Vergleich zu hiesigen Ausbildungen, gravierende Defizite, was Fertigkeiten sowie Material-, Maschinen- und Werkzeugkenntnisse angehe. Das bedeutet auch, daß gleiche Berufsbezeichnungen noch keine Garantie für annähernd gleiche Ausbildungen und Berufserfahrungen sind. Zwischen Zertifikat, Berufsbezeichnung und der ausgeübten Tätigkeit bestehen gelegentlich starke Diskrepanzen, die sich erst im Arbeitseinsatz zeigen. Viele Übersiedler hatten mehrere Berufe nacheinander gelernt, die jedoch, da sie innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein mußten, als „Schmalspurausbildung“ gewertet werden müssen. Das war zum Teil eine Folge von individuellen Korrekturen am Berufsverlauf, über den durch die planwirtschaftliche Berufslenkung und Berufszuweisung am Anfang des Berufslebens an den Interessen und Neigungen vieler vorbei entschieden wurde. Zum Teil war es aber auch Ausdruck planvoller beruflicher Aufstiege durch gezielte berufliche Weiterbildung.

Rigiditäten

Was neu gelernt werden muß, geht also zum Teil durchaus über die normale Einarbeitung hinaus. Fach-

leute, die das Beschäftigungssystem der DDR kennen, behaupten, daß viele der Anpassungs- und Umstellungsschwierigkeiten der Übersiedler auf die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches der DDR zurückzuführen sind – vermutlich gilt das im übertragenen Sinne auch für die Aussiedler. Wir kennen es nur wegen des in ihm festgeschriebenen „Rechts auf Arbeit“, das in den Diskussionen in der alten und der neuen Volkskammer der DDR als eine der sozialen Errungenschaften als besonders erhaltenswert dargestellt worden ist. Zwei Regelungen sind es, die in unserem Zusammenhang als besonders kritisch angesehen werden. Einmal die Konkretisierung des Rechts auf Arbeit, wodurch Kündigungen bzw. Entlassungen an die Bedingung geknüpft wurden, daß dem Werk tätigen drei gleichwertige Arbeitsstellen, zunächst im gleichen Betrieb bzw. Kombinat und erst wenn das nicht möglich war, in der Nähe des bisherigen Beschäftigungsbetriebes angeboten werden mußten, ehe es zu einem Auflösungsvertrag kommen konnte. Zum anderen gab es die arbeitsvertragliche Festschreibung, wodurch einer engen Berufsausbildung eine enge Arbeitsaufgabe entsprach, auf die sich der einzelne auch berufen konnte. Das führte zu starken Rigiditäten im Arbeitsablauf, weil es dadurch relativ schwierig war, jemanden z.B. für Springer-Tätigkeiten einzusetzen, soweit das nicht vertraglich vereinbart war.

Tabelle 3
Aus- und Übersiedler nach ausgewählten Strukturmerkmalen

	Aussiedler ¹				Übersiedler ²		Zum Vergleich Gesamtbevölkerung im Bundesgebiet ³	
	1988		1989		1988			
Bevölkerung	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Personen insgesamt	202 673	100,0	377 055	100,0	39 832	100,0	61,1 Mill.	100,0
Männer		49,8		50,2	19 911	50,0		47,9
Frauen		50,2		49,8	19 921	50,0		52,1
– nach Altersgruppen								
bis 20 Jahre	66 692	32,9	120 475	32,0	8 835	22,2		21,4
20 bis 25 Jahre	15 373	7,6	34 516	9,2	4 075	10,2		8,6
25 bis 45 Jahre	70 513	34,8	125 687	33,3	16 077	40,4		27,6
45 bis 60 Jahre	23 994	11,8	40 381	10,7	5 847	14,7		21,0
60 Jahre und mehr	14 010	6,9	25 787	6,8	4 998	12,5		21,4
nicht zuordenbar	12 091	6,0	30 209	8,0	–	–		–
– nach Erwerbskonzept								
Erwerbspersonen	98 120	48,4	196 288	52,1	25 646	64,4	29,4 Mill.	48,2
Männer	52 433	25,9	105 022	27,9	13 854	34,8		29,1
Frauen	45 687	22,5	91 266	24,2	11 792	29,6		19,1
nicht zuordenbar	12 091	6,0	30 209	8,0	–	–		–
Nichterwerbspersonen	92 462	45,6	150 550	39,9	14 186	35,6	31,7 Mill.	51,8
dar.: Hausfrauen	10 875	5,3	10 902	2,9	503	1,3		23,9 ^a
Rentner	15 733	7,8	26 470	7,0	5 644	14,2		21,8 ^b
noch nicht schulpflichtige Kinder	24 279	12,0	49 122	13,0	2 583	6,5	unter 15 Jahren	14,3
Schüler	41 193	20,3	63 025	16,7	5 444	13,7	unter 18 Jahren	18,3
Schulentlassene ohne Beruf	391	0,2	381	0,1	3	0,0	unter 21 Jahren	23,1
Sonstige Nichterwerbspersonen	191	0,1	658	0,2	9	0,0		–

¹ Aussiedler nach Registrierverfahren. ² Übersiedler nach Aufnahmeverfahren; Strukturmerkmale für Übersiedler 1989 nicht vor Jahresmitte zu erwarten. ³ Ergebnisse des Mikrozensus 1987. ^a Weibliche Nichterwerbspersonen 20 Jahre und älter. ^b Rentenbestände ohne Waisenrente.
Quelle: Bundesausgleichsamt, Statistisches Bundesamt.

Wer in einem System aufgewachsen ist, in dem er solche Rechte hatte und anscheinend auch durchsetzen konnte, für den hält der hiesige Ansatz, in dem Flexibilität des Arbeitseinsatzes einen hohen Stellenwert hat, Konflikte bereit. Je länger jemand bereits Arbeitserfahrungen auf der Grundlage jener Regelungen hat sammeln können, um so schwieriger wird eine Umstellung. Dennoch spricht die Zahl von Arbeitsvermittlungen⁷ durch die Arbeitsämter (vgl. Tabelle 4), denen noch eine wesentlich höhere Zahl von Personen zuzurechnen ist, die eine selbstgesuchte Arbeit aufnehmen konnten⁸, dafür, daß auch solche Vorerfahrungen mit Erfolg verlernt werden können.

Schwierigkeiten

Frauen, die in der DDR (aber auch in den anderen Ostblockstaaten) durch Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagesbetreuung einschließlich Schulspeisung scheinbar gute Bedingungen hatten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, stoßen hier auf größere Schwierigkeiten. Sie brauchen länger als Männer, ehe sie eine Arbeit aufnehmen können. Die Männer stehen unter dem Druck, die Ernährerrolle übernehmen zu müssen, die Frauen übernehmen jene Aufgaben für die Familie, die mit der Eingliederung in eine neue Umwelt im Zusammenhang stehen und die nicht entgolten werden, wie z.B. Behördengänge. Erfahrungen aus den Arbeitsämtern machen auf weitere Schwierigkeiten aufmerksam: So haben es jene Frauen besonders schwer, wieder ähnliche Positionen einzunehmen, die im Herkunftsland mittlere Führungspositionen innehatten oder die in Berufen arbeiteten, die hier wegen Arbeitsschutzbestimmungen Frauen nicht zugänglich sind. Eine andere Facette der Frauenbeschäftigung wird sichtbar, wenn Frauen, die drüben (vielleicht aus Gründen der Berufslenkung) in typischen Männerberufen arbeiteten, hier nun endlich einen „Frauenberuf“ ergreifen wollen.

Faßt man zusammen, so wird man erwarten können, daß es nicht allen gelingt, eine Stellung zu finden, die in etwa der früheren entspricht, besonders dann nicht, wenn es sich um eine bessere berufliche Position handelte und wenn die Person schon länger im Beruf stand. Als Einstiegsposition wird in der Regel zunächst eine Übergangslösung akzeptiert werden müssen. Das bedeutet, daß erneut Prozesse der beruflichen Konsolidierung in Gang gesetzt werden, die dann mit Umsetzungen im Betrieb, mit Berufswechseln und mit Betriebs-

⁷ Lutz Reyher, Hans-Uwe Bach: Der Potential-Effekt der Zuwanderungen – Eine Arbeitskräfte-Gesamtrechnung für Aus- und Übersiedler, in: MittAB 22 (1989), Nr. 4, S. 468-471.

⁸ Infratest: Presseinformation – DDR-Übersiedler finden schnell neuen Arbeitsplatz (1990).

wechsellern – jeweils zum Teil mit Zeiten von Sucharbeitslosigkeit – einhergehen. Und auch Sekundärwanderungen, regionale Mobilität in Form von Wochenendpendeln oder Umzüge im Zusammenhang mit beruflichen Veränderungen sind zu erwarten, schließlich auch Rückwanderungen – jedenfalls von DDR-Übersiedlern.

Unterstützung durch die Arbeitsämter

Zahlenmäßig an erster Stelle der Arbeitsamtmaßnahmen stehen die Hilfen zur Integration, die sich auf die Erstkontakte zur Betreuung und Erstellung von Anträgen und auf die Arbeitsvermittlung beziehen. Alle Aussiedler und vermutlich die meisten Übersiedler wenden sich bei der Arbeitsplatzsuche zunächst an die Arbeitsämter. Seit Öffnung der Mauer wurden die Arbeitsämter aber auch zunehmend mit Informationswünschen von

Tabelle 4
Arbeitslose Aussiedler und Übersiedler sowie Arbeitsvermittlungen März 1989 bis März 1990

Berichtsmonat		Aussiedler		Übersiedler	
		Bestand an Arbeitslosen	Arbeitsvermittlungen	Bestand an Arbeitslosen	Arbeitsvermittlungen
März 1989		88 209	2 135	16 300	886
April 1989		86 108	2 112	17 138	767
Mai 1989		88 517	1 940	19 893	902
Juni 1989		92 613	2 588	22 929	1 256
Juli 1989		99 384	2 279	25 930	1 248
August 1989		106 603	2 690	31 859	1 625
September 1989		111 806	3 386	45 309	4 034
Oktober 1989		115 413	3 417	61 698	11 164
November 1989		120 544	3 297	119 892	18 331
Dezember 1989		132 069	2 590	129 147	17 890
Januar 1990		137 454	2 969	132 064	13 718
Februar 1990		138 426	3 447	140 091	16 532
März 1990		135 557	4 068	131 878	17 505

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistik IIb3.

Tabelle 5
Eintritte von Aussiedlern in Deutsch-Sprachlehrgänge und in berufliche Bildungsmaßnahmen (FuU) 1980 bis 1989

Zeitraum	eingereist	Aussiedler	
		Eintritte in Deutsch-Sprachlehrgänge	Eintritte FuU (ohne Deutsch-Sprachlehrgänge)
1980	51 984	26 313	4 168
1981	69 336	29 783	5 237
1982	47 993	28 450	7 013
1983	37 844	12 363	9 691
1984	36 387	13 600	8 065
1985	38 905	14 413	8 463
1986	42 729	16 362	10 320
1987	78 488	23 751	11 067
1988	202 675	79 877	13 079
1989	377 055	155 431	35 273

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

DDR-Bürgern konfrontiert, die durch große zentrale Veranstaltungen in den Ämtern (mit anfangs täglich mehreren hundert Teilnehmern) befriedigt worden sind. Das hatte einen erheblichen Zusatzaufwand mit sich gebracht. Diesem großen Aufwand entspricht bei den Übersiedlern ein beträchtlicher Vermittlungserfolg. Bei den Aussiedlern sieht man bisher, daß dem Aufwand noch nicht in gleicher Weise Erfolge gegenüberstehen (vgl. Tabelle 4).

Da immer weniger Aussiedler mit ausreichenden Kenntnissen der deutschen Sprache einreisen, wurden die Deutsch-Sprachlehrgänge zu einer immer wichtigeren Integrationshilfe. Auch die beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen (Fortbildung und Umschulung) haben für die Aus- und Übersiedler stark an Bedeutung gewonnen (vgl. Tabelle 5). Fehlende Kenntnisse und Fähigkeiten bei Übersiedlern können zum großen Teil durch Einarbeitungsmaßnahmen mit entsprechenden Zuschüssen behoben werden, während es bei den Aussiedlern auch um die Vermittlung von Basisqualifikationen in weiteren Maßnahmen der beruflichen Bildung geht; immer häufiger werden hierbei die Vermittlung von Sprach- und beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten in sogenannten Kombinationsmaßnahmen zusammengefaßt.

Einschätzung

Mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze entstand ein interdependenter Arbeitsmarkt, der sich jedoch erst mit der Entstehung einer Marktwirtschaft in der DDR zu einem wirklichen gesamtdeutschen Arbeitsmarkt entwickeln wird. Dann werden zunehmend auch interregionale Verflechtungen einsetzen, die sich in den Grenzregionen anbahnen. Das Übersiedlerproblem als solches wird, das deutet sich schon an, verschwinden und in Prozesse der arbeitsbedingten regionalen Mobilität übergehen. Die beiden deutschen Staaten werden zusammenwachsen, es wird jedoch noch lange regionale Disparitäten geben, so wie es diese auch heute innerhalb der Bundesrepublik gibt.

Grundsätzlich anders ist jedoch die Zuwanderung von Aussiedlern einzuschätzen:

□ Hierbei geht es, auch wenn es sich um deutsche Volkszugehörige oder um deutsche Staatsangehörige handelt, um die Integration oder Assimilation von heterogenen Personengruppen in eine – gemessen an den kulturellen Gemeinsamkeiten, an der gemeinsamen Sprache und an den Erfahrungen im sozialen Zusammenleben und im Arbeitsleben – relativ homogene einheimische Bevölkerung. Die Bedeutung der Beherrschung der Sprache für eine erfolgreiche Arbeitsmarkt-

integration kann angesichts dieser Tatsache gar nicht überschätzt werden. So sind gelegentlich angestellte Überlegungen, die Deutsch-Sprachlehrgänge abzusetzen, völlig unverständlich und unhaltbar und müssen deshalb vehement zurückgewiesen werden.

□ Es geht aber nicht nur um die Meisterung der Probleme, vor denen die Zuwanderer bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche stehen. Vielmehr entstehen auch neue Probleme bei den am stärksten vom Zuzug betroffenen einheimischen Bevölkerungsgruppen, das heißt bei jenen, für die die Zuwanderer zu Konkurrenten um Arbeitsplätze und Wohnungen werden.

□ Die Zuwanderung von Aussiedlern ist außerdem im Zusammenhang mit den großen internationalen Wanderungen zu sehen, die seit einiger Zeit wieder stärker zunehmen. Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Personengruppen, wie Ausländer und insbesondere Asylanten, mit einem anderen kulturellen, sprachlichen und gesellschaftlichen Hintergrund werden in der Bundesrepublik so schnell nicht verschwinden. Ganz im Gegenteil, die Zuwanderungen werden anhalten.

□ Wenn externe Schocks ausbleiben, wird es zu einem Wirtschaftsaufschwung in der DDR und in seinem Gefolge auch zu positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche und die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik kommen. Dies muß – nach einer Anpassungsphase – zu weiteren Fachkräfteknappheiten führen. Der Ruf nach Fachkräften, vielleicht allgemein nach Arbeitskräften, wird noch lauter werden. Die Vorstellung, man könnte Fachkräftengpässe durch die Zuwanderer aus der DDR schnell lösen, ist korrigiert worden. Schnell geht und ging es nicht, aber Übersiedler und auch Aussiedler können zu Fachkräften werden.

Man wird also – sobald das Reservoir an Aussiedlern ausgeschöpft sein wird⁹ und es erneut um die gezielte Aufnahme von ausländischen Arbeitskräften geht – auf die Erfahrungen zurückgreifen müssen, die mit der Integration der Aussiedler gemacht worden sind, d.h. mit den Deutsch-Sprachlehrgängen und den gezielten Maßnahmen zur Anpassung der Qualifikation und den Hilfen zur Einarbeitung in die betrieblichen Abläufe. Denn daß es gelingen könnte, den zu erwartenden Arbeitskräftemangel eines Tages so zu beheben, wie es die Schweiz vorerzählt, nämlich vor allem durch ein Rotationsverfahren bei den Ausländern, ist kaum vorstellbar.

⁹ Günter Buttler, Helmut Winterstein, Norbert Jäger: Aussiedler – Ein Gewinn oder Verlust für das System der Sozialen Sicherung?, in: Arbeit und Sozialpolitik, 8/9 1989, S. 232-237; Institut der deutschen Wirtschaft: Die Integration deutscher Aussiedler – Perspektiven für die Bundesrepublik Deutschland, o.O., o.J. (1989).